

von Hirschhausen, Christian

Article

Abgewählt: Die Schweden besiegeln das Ende der Lausitzer Braunkohle

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: von Hirschhausen, Christian (2014) : Abgewählt: Die Schweden besiegeln das Ende der Lausitzer Braunkohle, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 81, Iss. 38, pp. 904-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/102086>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Prof. Dr. Christian von Hirschhausen ist Forschungsprofessor am DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Abgewählt: Die Schweden besiegeln das Ende der Lausitzer Braunkohle

Die Wahlen am 14. September 2014 läuten den Einstieg in den Ausstieg der Braunkohle in der Lausitz ein. Nein, natürlich nicht die Landtagswahlen in Brandenburg, wo die zukünftige Regierung – unabhängig von der zu bildenden Koalition – noch an der „Brückentechnologie“ Braunkohle festhalten möchte. Dagegen wird die neue Regierung in Schweden, voraussichtlich unter einem Ministerpräsidenten Löfven von den Sozialdemokraten, die Dekarbonisierung ihres staatlichen Energiekonzerns Vattenfall konsequent voranbringen. Und gerade dieser „grüne“ Energiekonzern – Vattenfall bedeutet „Wasserfall“ – hat gerade in der Lausitz noch mit einem Sanierungsfall aus Zeiten vor der Energiewende zu kämpfen, der all ihre Nachhaltigkeitsziele torpediert: der Braunkohle. Bereits heute hat die schwedische Regierung, 100-prozentiger Eigentümer von Vattenfall, dem Konzern eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes von derzeit über 80 Millionen Tonnen im Jahr auf unter 65 Millionen Tonnen im Jahr 2020 vorgeschrieben. Dieses Ziel ist mitnichten mit dem in der Lausitz geplanten Aufbau neuer Tagebaue und neuer Kraftwerkskapazitäten zu erreichen, sondern nur mit der Schließung dieser Kapazitäten.

Eigentlich stand das Ergebnis schon vor der Wahl fest. Denn angesichts der ambitionierten Energie- und Klimastrategie Schwedens der letzten Jahre passte die CO₂-intensive Braunkohleverstromung des deutschen Tochterunternehmens schon seit längerer Zeit nicht mehr in das Portfolio. So will Schweden bis zum Jahr 2020 den Treibhausgasausstoß um 40 Prozent gegenüber dem Ausgangsjahr verringern, unter anderem auch durch Reduzierung im europäischen Ausland; bis 2050 ist eine vollständige Dekarbonisie-

rung des Energiesystems festgeschrieben. Spätestens in der schwedischen „Elephantenrunde“ am 4. September wurde dann auch deutlich, dass *alle* dort vertretenen Parteien den Einstieg in den Ausstieg befürworten: Auf die Frage, ob Vattenfall der Ausbau der Lausitzer Braunkohle untersagt werden solle, zogen alle Anwesenden, selbst Noch-Ministerpräsident Reinfeldt, die grüne Karte und zeigten damit der Lausitzer Braunkohle die rote.

Der Regierungswechsel wird dennoch den Druck erhöhen, auf die seit längerem erkannten Warnzeichen nunmehr konkret zu reagieren. Gerade im Vorfeld der Weltklimakonferenz in Paris im Herbst 2015 wird der schwedische Koalitionsvertrag mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht nur eine Bestätigung, sondern eine Verschärfung der nachhaltigen Energie- und Klimapolitik enthalten. Eine expansive Braunkohlepolitik des nationalen Champions der schwedischen Energiewende – bereits heute stammen 60 Prozent der schwedischen Elektrizität aus erneuerbaren Energien – ist mit diesen Zielen unvereinbar. Da der Verkauf der Braunkohlesparte und der Weiterbetrieb durch ein anderes Unternehmen nicht nur aufgrund der erheblichen inhärenten Risiken unwahrscheinlich ist, sondern auch politisch abgelehnt wird, besteht eine sinnvolle Lösung nun in einer Konversion des Unternehmens in Richtung neuer, mit der Energiewende kompatibler Technologien (erneuerbare Energien, Speichertechnologien, Power-to-Gas etcetera) sowie einem schrittweisen Braunkohleausstieg Vattenfalls – übrigens in Übereinstimmung mit der Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg, die einen Übergang zu 100-prozentiger Versorgung mit erneuerbaren Energien vorsieht.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
81. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.